

Vorl.Nr. 298/24



SPD-Fraktion
im Gemeinderat der
Stadt Ludwigsburg

SPD im Gemeinderat · Rathaus · 71638 Ludwigsburg

Herrn Oberbürgermeister
der Stadt Ludwigsburg

- Geschäftsstelle Gemeinderat -

Rathaus

Datum: 16.11.2024

Antrag

Bezug: Vorl. Nr. 260/24 (WINLB), Anlage 20, ggfs. Vorl. 279/24
HH-Plan: TH_65 Produktgr. 5460, S. 425.

Moderate Anpassung der Parkgebühren

- 1) Die Parkgebührenzonen I und II bleiben getrennt. Der Stundensatz in Zone II wird nur auf € 2,00 erhöht.
- 2) Die öffentlichen Parkplätze in der Oststadt werden sonntags weiterhin nicht bewirtschaftet.
- 3) Das Monatsticket in Parkzone 3 kostet € 50,00.
- 4) Die Bewohnerparkgebühren und die Gebühren der Gewerbetickets werden nur auf € 150,00 p.a. erhöht.

Eine weitere Erhöhung der Parkgebühren ist angezeigt. Die Gebühren decken weiterhin nicht die Kosten des Parkens im öffentlichen Raum. Aber die Erhöhung muss moderater ausfallen als die Verwaltung vorgeschlagen hat. Die geplante Erhöhung um 150 % in Zone II (durch eine Zusammenlegung mit Zone I) ist ein zu großer Sprung. Die geplante Sonntags-Bewirtschaftung

Dr. Daniel O'Sullivan
■ d.osullivan@gr.ludwigsburg.de
Fraktionsvorsitzender

Nathanael Maier
■ n.maier@gr.ludwigsburg.de

Markus Gekeler
■ m.gekeler@gr.ludwigsburg.de

Hubertus von Stackelberg
■ h.vonstackelberg@gr.ludwigsburg.de
stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Margit Liepins
■ m.liepins@gr.ludwigsburg.de

der Parkplätze nur in der Oststadt, nicht aber in der Innen- und der Weststadt, ist nicht nachvollziehbar, zumal der hohe Parkdruck der Blüba-Besucher nur an wenigen Sonntagen im Jahr zu verzeichnen ist; außerdem dürfte der Stadt das Personal für eine umfassende Kontrolle sonntags fehlen, sodass mit einem Vollzugsdefizit zu rechnen ist. Monatsticket und Bewohnerparkausweis sollten ebenfalls nur moderat erhöht werden, auch um die Akzeptanz bei den Betroffenen sicherzustellen, ggfs. in weiteren Stufen in den folgenden Jahren.

Deckungsvorschlag:

Da die geplante Erhöhung im Haushaltsplanentwurf (S. 425: für 2025 geplanter Ansatz von 3,3 Mio € unverändert gegenüber 2024) noch nicht vollständig eingestellt zu sein scheint, entstehen keine zusätzlichen Lasten.

für die SPD-Fraktion:

Liepins